

Die Hürde für den Atomausstieg ist höher als angenommen

Die grossen Stadtwerke rechnen mit einer stärkeren Zunahme des Stromkonsum als der Bund.

Von Markus Brotschi, Bern

Am 28. September dürfte nach dem National- auch der Ständerat den Ausstieg aus der Atomenergie beschliessen - auf Empfehlung der ständerätlichen Energiekommission jedoch mit einer Hintertür für neue AKW (siehe unten). Die Energiekommission hörte vor dem Entscheid zahlreiche Experten an, um sich über die Anforderungen des Ausstiegs ein Bild zu machen. Einige der präsentierten Prognosen zum künftigen Stromverbrauch liessen die ständerätlichen Energiepolitiker aufhorchen. Überrascht zeigte sich Kommissionspräsident Rolf Schweizer (FDP, ZG) vor allem über die Annahmen der grossen Stadtwerke, die in der Gesellschaft Swisspower zusammengeschlossen sind. Die grossen Stadtwerke befürworten den Atomausstieg im Gegensatz zum Dachverband der Schweizer Elektrizitätsunternehmen schon länger und setzen auf erneuerbare Energie.

Swisspower schätzt, dass der Strombedarf bis 2040 von heute 60 auf 112 Terawattstunden (Terawattstunde = 1 Milliarde Kilowattstunden) ansteigen wird, wenn keine zusätzlichen Spar- und Effizienzmassnahmen getroffen werden. Damit liegen die Prognosen deutlich über jenen des Bundesrats, der als Referenzjahr 2050 nimmt und sogar für diesen späteren Zeitpunkt nur mit 90 Terawattstunden (TWh) rechnet. Noch deutlicher gehen die Schätzungen von Stadt-

werken und Bund beim Sparpotenzial auseinander. Mit Effizienzsteigerungen lasse sich der Verbrauch auf 99 Terawattstunden senken, sagt André Hurter, Direktor der Genfer Stadtwerke und Präsident von Swisspower. Die eingesparten 13 Terawattstunden seien beträchtlich und entsprächen mehr als der Strommenge, welche die drei alten AKW Mühleberg und Beznau produzierten.

Der Bundesrat hat sich dagegen für den Ausstieg ein weitaus ambitionierteres Sparziel vorgenommen: Mit strengen Verbrauchsvorschriften für Geräte, einem Bonus-Malus-System für Stromkonsumenten und Wärmedämmung sollen bis 2050 rund 25 Terawattstunden eingespart werden. Damit liesse sich der Stromverbrauch etwas über dem heutigen Niveau stabilisieren.

«Stabilisierung unrealistisch»

Eine Stabilisierung des Stromverbrauchs auf dem heutigen Niveau sei nicht realistisch, sagt dagegen Hurter. Zur weiteren Zunahme des Stromverbrauchs werde das Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum beitragen. Aber auch die Installation von Wärmepumpen in Privathaushalten, die Umstellung auf Elektroautos und die wachsende IT-Branche erhöhten den Strombedarf.

Die Annahmen der Stadtwerke beruhen auf der Entwicklung der letzten 40 Jahre. Von 1970 bis 2010 stieg der Stromverbrauch in der Schweiz um durch-



Stromkonsum ohne Grenzen: Die Lichter Zürichs in der Abenddämmerung. Foto: Andreas Bastian (Caro, Keystone)

schnittlich 2,2 Prozent. Die Stadtwerke gehen davon aus, dass sich dieser Zuwachs mit entsprechenden Sparbemühungen um die Hälfte reduzieren lässt. «Mit Stromsparen kann man viel erreichen», sagt Hurter. Durch Effizienzmassnahmen habe etwa die Stadt Genf erreicht, dass der Anstieg des Stromverbrauchs ein halbes Prozent tiefer liege als im schweizerischen Durchschnitt. Mit Investitionen von 53 Millionen Franken will Genf bis in drei Jahren 150 Gigawattstunden einsparen.

Fast ein Drittel Strom aus Gas

Auch wenn die Stadtwerke von einem deutlich stärkeren Anstieg des Stromverbrauchs ausgehen als der Bund, halten auch sie den Atomausstieg für möglich. Hurter rechnet allerdings damit, dass in einer Übergangsphase 25 bis 30 Prozent des Stroms aus Gaskraftwerken stammen würden. Ein Teil davon

würden Kombikraftwerke sein, die an ein Fernwärmenetz angeschlossen seien. Ab 2040 könne dann der Gasstrom sukzessive durch erneuerbare Energien ersetzt werden, sagt Hurter. Etwas mehr als ein Drittel werde aus Wasserkraft stammen und ein weiteres Drittel aus neuen erneuerbaren Quellen wie Wind und Sonne. Die Stadtwerke wollten mit

Dossier – Die Schweizer Energiedebatte
www.energiedebatte.tagesanzeiger.ch

ihren Projektionen die Prognosen des Bundes nicht konkurrenzieren, betont Hurter. «Wir möchten Denkanstösse vermitteln.»

Ganz andere Prognosen präsentierte der Verband Swis cleantech den ständerätlichen Energiepolitikern. Die Allianz der Umwelttechnologiebranche geht für 2050 von einem Stromverbrauch von nur 75 TWh aus. Swis cleantech propa-

giert eine umfassende Energiewende, die nicht nur den Atomausstieg beinhaltet, sondern auch Klimaziele. Neben dem Verzicht auf Atomstrom will Swis cleantech bis 2020 den CO₂-Ausstoss um 20 Prozent (gegenüber 1990) und bis 2050 gar um 80 Prozent verringern. Dies bedingt eine Reduktion des Verbrauchs fossiler Energien wie Öl und Erdgas. Deshalb geht Swis cleantech davon aus, dass der Atomausstieg ohne oder höchstens mit einem Gaskraftwerk realisiert werden muss.

Diese Energiewende sei nicht ohne politisches Umdenken möglich, etwa in der Raumplanung, um das Verkehrswachstum zu begrenzen. Unabdingbar sei zudem eine ökologischen Steuerreform, sagt Nick Beglinger, Präsident von Swis cleantech. Diese Steuerreform müsse ab 2020 wirken. «Die Energiewende ist kein Spaziergang», räumt auch er ein.